

Fortschrittsbericht zur Digitalstrategie der Bundesregierung

Von Gigabit-Ausbau über E-Rezept bis Künstliche Intelligenz –
Deutschlands Digitalisierung in vollem Gange



Die
Bundesregierung



Digitalstrategie
Deutschland

Die Digitalstrategie ist das digitalpolitische Kursbuch der Bundesregierung. Entlang der darin formulierten Zielvorgaben wurden in den vergangenen Monaten spürbare Fortschritte erzielt. Beispielsweise haben so viele Haushalte in Deutschland wie noch nie Zugang zu einem schnellen, gigabitfähigen Internetanschluss. Das E-Rezept ist im Alltag angekommen. Die Bundesregierung schafft die notwendigen Veränderungen für ein digitales und zukunftsfähiges Deutschland. Hierfür setzt sich die Bundesregierung auch auf europäischer und internationaler Ebene ein. Mit der KI-Verordnung wurde auf europäischer Ebene ein risikobasierter, innovationsfreundlicher sowie richtungsweisender Rechtsrahmen für Künstliche Intelligenz (KI) geschaffen. Es bedarf aber weiterer gemeinsamer Anstrengungen, um digitale Konzepte, Lösungen und Angebote wie eine flächendeckende nutzendenzentrierte und digitale Verwaltung im Alltag der Bürger und Bürgerinnen erfolgreich zu etablieren.

Vernetzte und digital souveräne Gesellschaft

Eine Voraussetzung für eine gelungene Digitalisierung ist eine digital souveräne und vernetzte Gesellschaft. Es geht darum, die infrastrukturellen Grundlagen zu schaffen und die Digitalisierung in zentralen Bereichen des Lebens wie z. B. Bildung, Gesundheit oder Mobilität voranzubringen.

Hohes Tempo beim Gigabit-Ausbau

- Der Gigabit-Ausbau entwickelt sich so dynamisch wie nie: Gigabit-Anschlüsse sind bereits für **etwa 74 Prozent der Haushalte**, Glasfaseranschlüsse für knapp jeden dritten Haushalt verfügbar. Innerhalb eines Jahres stieg die Glasfaser-Verfügbarkeit um 10 Prozentpunkte (im Zeitraum 06/22 bis 06/23).
- **91 Prozent** der Fläche des Bundesgebietes ist seit letztem Jahr mit dem Mobilfunkstandard **5G** durch mindestens einen Netzbetreiber versorgt. Deutschland ist damit besser als der

EU-Durchschnitt, der bei rund 81 Prozent liegt (Stand: 01/2024).

E-Rezept und elektronische Patientenakte für ein zukunftsfähiges Gesundheitswesen

- Rund ein Jahr nach Veröffentlichung der Digitalisierungsstrategie für das Gesundheitswesen und die Pflege werden die Mehrwerte der Digitalisierung in der Versorgung spürbar: Das **E-Rezept** ist seit 1. Januar 2024 verpflichtend und wurde schon bis Mitte Mai 2024 mehr als 185 Millionen Mal eingelöst.
- Zwei richtungsweisende Gesetze – das **Gesetz zur Beschleunigung der Digitalisierung des Gesundheitswesens** (DigiG) sowie das **Gesundheitsdatennutzungsgesetz** (GDNG) – sind im März 2024 in Kraft getreten. Die Transformation der elektronischen Patientenakte zu einer Opt-Out-Anwendung, die allen Versicherten beginnend ab dem 15. Januar 2025 bereitgestellt wird („ePA für alle“), ist dadurch auf den Weg gebracht.

Fortschritte auf dem Weg zu einer digital souveränen Gesellschaft

- Mit dem **MINT-Aktionsplan 2.0** werden von der Bundesregierung mit gezielten Fördermaßnahmen entlang der gesamten Bildungskette Zugänge zur MINT-Bildung geschaffen, d. h. zur Bildung in Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik. Hierfür wurde unter anderem eine dritte Förderrunde der MINT-Cluster gestartet, die über ganz Deutschland verteilt niedrighschwellige MINT-Bildungsangebote für Kinder und Jugendliche schaffen. Im Sommer 2024 steigt die Zahl der MINT-Cluster von 50 auf voraussichtlich 70.
- Die **Civic Coding-Initiative** stärkt die digitalen Kompetenzen der Gesellschaft und unterstützt gemeinwohlorientierte KI-Projekte entlang ihres gesamten Innovationsprozesses – vom Ideenstadium bis hin zur fertigen Anwendung. Es wurden bereits zahlreiche Aktivitäten und Maßnahmen durchgeführt; mit den Live Talks werden auf dem Civic Coding-Webportal gemeinsam mit verschiedenen Experten und Expertinnen sowie Praktikern und Praktikerinnen aktuelle Themen und Projekte aus dem Feld der gemeinwohlorientierten KI beleuchtet; mit dem Civic Coding-Innovation Camp – dem ressortübergreifenden Wettbewerbsformat zur Unterstützung gemeinwohlorientierter KI-Projekte in der Initialphase – werden seit Februar 2024 15 Projektteams bei der Ausarbeitung ihrer Idee hin zu einem funktionsfähigen Prototyp finanziell und ideell unterstützt.
- Der **DigitalPakt Alter** stärkt die digitale Teilhabe. Er ermöglicht es, älteren Menschen digitale Kompetenzen zu erwerben. Zudem schafft er innerhalb der Gesellschaft Bewusstsein für die Belange von älteren Menschen, z. B. durch halbjährliche Fachtagungen. Außerdem wird der Aufbau eines bundesweiten Netzwerks von mittlerweile 200 sogenannten Erfahrungsorten gefördert. Alle Bundesländer konnten als Partner gewonnen werden.
- Das Projekt **Datenraum Kultur** unterstützt digitale Vernetzung und innovative Geschäftsmodelle im Bereich der Kultur und Kreativwirtschaft. Wichtige Leitlinie dabei ist, dass die Datenhoheit wie auch die Erlöse bei den Kunst- und Kulturschaffenden bleiben und deren geistiges Eigentum respektiert wird. Von den vier vorgesehenen Pilot-Use Cases sind zwei – die „Smarten Museumsdienste“ und die „Smarten Musikdienste“ – bereits im Testbetrieb.
- Das **Modellvorhaben „Smarte.Land.Regionen“** unterstützt Landkreise dabei, eine eigene Digitalstrategie zu erstellen sowie digitale Lösungen für Herausforderungen im ländlichen Raum zu entwickeln und umzusetzen. Best-Practice-Lösungen werden dabei auf einem Marktplatz angeboten. Dadurch können alle deutschen Landkreise von den digitalen Ideen für eine bessere Daseinsvorsorge profitieren.
- Das **Förderprogramm Smart Cities** entwickelt in 73 Modellprojekten in Kommunen aller Größenklassen modellhafte Lösungen zur Verbesserung der Stadt- und Regionalentwicklung. Alle 61 geförderten Strategien der Modellprojekte liegen seit Ende 2023 vor. Insgesamt wurden ca. 650 Maßnahmen geplant. Von diesen sind mit Stand Dezember 2023 bereits 86 umgesetzt, 296 in Umsetzung befindlich und 244 geplant.

Building Information Modelling (BIM) nimmt im öffentlichen Bauwesen Fahrt auf

- Mit dem **BIM-Portal des Bundes** hat die Bundesregierung eine Plattform geschaffen, mit der Anforderungsdefinitionen zum digitalen Bauen klar und präzise formuliert werden können. Die praktische Nutzung und die weitere Entwicklung des Portals wird aktuell durch umfassende Fachdialoge mit allen Nutzenden im Baubereich begleitet.
- Im Bereich der Verkehrsinfrastruktur des Bundes werden die **BIM-Masterpläne und Strategien** für Straße, Wasser und Schiene konsequent umgesetzt.
- Mit **Cloud for Projects Bundeswehr (C4P Bw)** steht im Bundesbau eine erste zentrale Kollaborationsplattform zur Verfügung, auf der in Bauprojekten alle Beteiligten – vom Bauherrn über die projektsteuernde Bauverwaltung bis zu den Architekten, Planern und Gewerken – gemeinsam digital zusammenarbeiten.
- Gleichzeitig befindet sich die Umsetzung des **Masterplans BIM** für Bundesbauten weiterhin im Zeitplan. Alle zugehörigen Dokumente finden sich für Interessierte auch außerhalb des Bundesbaus auf der zentralen Website von BIM Deutschland. Damit dient der Bundesbau als Orientierung für andere im öffentlichen Bau.

Innovative Wirtschaft, Arbeitswelt, Wissenschaft und Forschung

Wirtschaft und Arbeitswelt sowie Wissenschaft und Forschung sind zentrale Treiber für die Digitalisierung. Als Bundesregierung schaffen wir wichtige Rahmenbedingungen, um Innovationen zu ermöglichen und die Potenziale von Schlüsseltechnologien wie KI sowie der Datenökonomie für den Standort Deutschland zu nutzen.

Künstliche Intelligenz: Richtungsweisender Rechtsrahmen und innovative Förderprogramme geschaffen

- Eine innovationsfreundliche, risikobasierte **europäische KI-Verordnung** wurde verabschiedet. Bei KI-Anwendungen, die die Verordnung nicht als Hochrisiko-KI-System einstuft, entwickelt das Vorhaben **MISSION KI** freiwillige transparente Qualitäts- und Prüfstandards, um eine sichere und skalierbare Anwendung von KI zu gewährleisten. Außerdem unterstützt die Bundesregierung die Forschung und Anwendung von KI in einer Reihe weiterer Vorhaben, z. B. deutschlandweit in neu eingerichteten **KI-Servicezentren** für die Wissenschaft und Wirtschaft, insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen.
- Mit dem **Europäischen Gesundheitsdatenraum** schafft die EU einen ersten „Datenraum“, der im Rahmen der sogenannten Sekundärnutzungszwecke u. a. auch für KI-Forschung und -entwicklung Trainingsdaten in einer neuen Größenordnung bereitstellen wird.
- In der landwirtschaftlichen Produktion von Nahrungsmitteln ist ein **Kompetenzzentrum für Künstliche Intelligenz und große Daten-**

mengen (KI und Big Data) eingerichtet worden und bietet erste unmittelbare Mehrwerte. Der weitere Ausbau einer übergreifenden Infrastruktur ist in vollem Gange, und Beratungen zum Einsatz von KI-Modellen werden angeboten. Die Umsetzung der restlichen Teilziele wird planmäßig bis Ende 2025 erwartet.

Moderne Rahmenbedingungen für eine innovative Wirtschaft und Arbeitswelt

- Mit dem **EU Data Act** sowie dem **EU Digital Markets Act** wurde die Richtung hin zu einem zeitgemäßen rechtlichen Rahmen für den Umgang mit digitalen Märkten und Daten gesetzt. Rechtzeitig bis zur Anwendbarkeit des Data Act im September 2025 wird auf nationaler Ebene ein Durchführungsgesetz geschaffen, das insbesondere die Behördenzuständigkeit regeln wird.
- Mit dem **EU Digital Services Act** soll europaweit ein sicheres Online-Umfeld sichergestellt werden, in den erstmalig einheitlichen Vorgaben für Digitale Diensteanbieter mit Nutzern und Nutzerinnen in Europa gelten. Mit dem hierzu im April verabschiedeten Digitale-Dienste-Gesetz wird dies in Deutschland gewährleistet.
- Durch den **EU Media Freedom Act** werden nun erstmals europaweit einheitliche Mindeststandards zum Schutz der Medien etabliert. Dies ist wichtig, um Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in ganz Europa zu stärken.
- Ein wesentlicher Meilenstein für die Fachkräftesicherung ist das neue **Fachkräfteeinwanderungsgesetz**. Es enthält wichtige Verbesserungen, um qualifizierte Fachkräfte im Ausland zu gewinnen und Deutschland zu einem noch weltoffeneren Standort zu machen.
- Neben den rechtlichen Änderungen werden auch Prozesse vereinfacht. Dazu gehören bspw. leichtere digitale Visaverfahren für qualifizierte Fachkräfte aus dem Ausland über das **Auslandsportal**. Aktuell können in 24 Auslandsvertretungen und damit in sechs der zehn nachfragestärksten Herkunftsländer Online-Anträge gestellt werden. Bis Ende 2024 werden zusätzliche Antragsarten folgen, insbesondere zur Familienzusammenführung, und weltweit zur Verfügung gestellt.
- Seit Januar 2024 ist das Nationale **Onlineportal für berufliche Weiterbildung „mein NOW“** der Bundesagentur für Arbeit online verfügbar. Das Portal erleichtert sowohl Bürgerinnen und Bürgern als auch Unternehmen den Zugang zu Weiterbildungsangeboten sowie Beratungs- und Fördermöglichkeiten in der beruflichen Weiterbildung. Im Laufe dieses Jahres sollen weitere Ausbaustufen mit zusätzlichen Inhalten und neuen Funktionen folgen.

Standort weiter stärken und wirtschaftliche Potentiale ausschöpfen

- Mit der **Start-up-Strategie** verbessert die Bundesregierung die Rahmenbedingungen für das Start-up Ökosystem in Deutschland und Europa. Im ersten Jahr nach Beschluss der Strategie hatte die Bundesregierung bereits 45 Prozent der Maßnahmen umgesetzt. Über die weiteren Umsetzungsschritte im zweiten Jahr wird die Bundesregierung im September 2024 berichten.
- Mit dem **Zukunftsfinanzierungsgesetz** zur Digitalisierung, Entbürokratisierung und Internationalisierung des deutschen Finanzmarkts wird der Standort Deutschland sowohl für nationale als auch für internationale Unternehmen und Investoren attraktiver.

Auch im Bereich der Finanzinnovationen und Kryptowerte werden die Rahmenbedingungen weiter verbessert.

- Das **Digital Finance Forum** vertieft den Austausch zwischen Politik und Praxis, um den digitalen Finanzstandort Deutschland zu stärken und zukunftsfest zu machen.
- Mit dem Projekt „**Manufacturing-X**“ haben Wirtschaft, Politik und Wissenschaft eine Initiative gestartet, um mit der gemeinsamen Nutzung von Daten über die gesamte Fertigungs- und Lieferkette digitale Innovationen Resilienz, Nachhaltigkeit und Wettbewerbsfähigkeit zu stärken. Durch die Förderung von Pilotprojekten werden neue datenbasierte Anwendungsszenarien realisiert. Bis Ende Dezember 2023 wurden bereits 89 Projektvorschläge eingereicht und erste Förderungen bewilligt.
- Die Entwicklung der **Nationalen Forschungsdateninfrastruktur (NFDI)** zum zentralen Netzwerk der deutschen Wissenschaft für die systematische Erschließung, Vernetzung und nachhaltige sowie qualitative Nutzung von wertvollen Datenbeständen aus Wissenschaft und Forschung schreitet voran. Insgesamt 26 Fachkonsortien und ein Konsortienverbund für Basisdienste arbeiten an diesem Vorhaben. Die Vernetzung von Wissenschaft und Wirtschaft zur gemeinsamen Nutzung von Daten stärkt die Bundesregierung auch mit dem Projekt FAIR Data Spaces.
- Das **Finanzmarktdigitalisierungsgesetz** soll insbesondere sicherstellen, dass die EU-rechtlichen Vorschriften zu Kryptowerten und operationeller Resilienz in Deutschland angewendet werden. Zudem soll es beitragen, den Fintech-Standort Deutschland zu fördern.

Lernender, digitaler Staat

Staat und Verwaltung müssen in der Digitalisierung vorangehen und im Kontakt mit den Bürgern und Bürgerinnen zentrale Dienste und Leistungen nutzendenzentriert und digital zur Verfügung stellen. Und auch international arbeiten wir mit unseren Partnern zusammen, um die Digitalisierung erfolgreich voranzubringen.

Digitale Verwaltung: Zentrale Dienste des Bundes nun online verfügbar

- Im Rahmen der **Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes** hat der Bund seine Verpflichtungen weitgehend erfüllt und den Großteil der OZG-Leistungen in seinem Verantwortungsbereich digitalisiert. Zentrale Behördengänge im Bereich der Länder und Kommunen, wie beispielsweise die **Anträge auf Wohngeld und Bürgergeld** aber auch die **Fahrzeugzulassung „i-Kfz“** können online erledigt werden. Nun steht der Roll-out in die Fläche im Fokus. Auch hier sind wesentliche Services bereits technisch umgesetzt und an einzelnen Orten in Deutschland in der Praxis implementiert.
- Seit Juni 2023 können Bürgerinnen und Bürger ihre **Digitale Rentenübersicht** auf www.rentenuebersicht.de kostenlos abrufen. So erhalten sie Informationen über ihre individuellen Ansprüche aus der gesetzlichen Rentenversicherung sowie der betrieblichen und privaten Altersvorsorge. Mit einer Rechtsverordnung wurde dafür gesorgt, dass sich der Großteil der Vorsorgeeinrichtungen bis Jahresende anbinden muss.
- Die **Bund-ID** bietet zum ersten Mal die Möglichkeit, über ein einheitliches Nutzer-

konto digitale Behördengänge abzuwickeln. 3,8 Millionen Bürgerinnen und Bürger haben sich dafür bereits registriert.

- Die **Verkündung von Gesetzen** und Rechtsverordnungen des Bundes erfolgt inzwischen ausschließlich elektronisch im digitalen Bundesgesetzblatt unter www.recht.bund.de, das die frühere Papierform ablöst. Aktuell wird an der Digitalisierung der vorgelagerten Verwaltungsabläufe gearbeitet.
- In allen Bundesressorts wurden **Datenlabore** etabliert, um die Datenkompetenz der Verwaltung zu steigern und geeignete Werkzeuge und Ressourcen zur Datenanalyse bereitzustellen.
- Zudem befinden sich bereits mehrere Pilotinitiativen des im Aufbau befindlichen **Beratungszentrums für KI (BeKI)** in der Umsetzung, um einen verantwortungsvollen und chancenorientierten Einsatz von KI in der Bundesverwaltung zu stärken.
- In der Arbeits- und Sozialverwaltung wird KI eingesetzt, um etwa in der Unfallversicherung die Präventionsarbeit zu unterstützen, Arbeitsunfälle zu vermeiden und Baustellen sicherer zu machen. Über das **Netzwerk KI in der Arbeits- und Sozialverwaltung** werden innovative Lösungen in die Breite getragen.
- Erstmals wurde eine einheitliche **Arbeitgeber-Dachmarke für die Bundesverwaltung** eingeführt. Seit Mai 2023 informiert eine gemeinsame Karriereseite aller Bundesbehörden u. a. über Stellenausschreibungen und die Bundesverwaltung als Arbeitgeber.

Digitale Souveränität im Fokus

- Ziel des Projekts „**Digitales Gefechtsfeld**“ ist es, auf dem modernen Gefechtsfeld in allen Dimensionen durchsetzungs- und verteidigungsfähig zu sein. Die Entscheidungs- und Bekämpfungsprozesse im Gefecht als auch die Entwicklung sowie Anpassung von Fähigkeiten soll u. a. über den Einsatz geeigneter KI-Systemanteile, durch Datenzentrierung und die konsequente Umsetzung des sich aktuell in der Entwicklung befindenden Leitprinzips „Software-Defined Defence“ beschleunigt werden. Die grundsätzliche Machbarkeit und der Mehrwert des Vorhabens konnten über erste Experimente bereits nachgewiesen werden. Derzeit werden die gewonnenen Erkenntnisse zur Konzeption einer leistungsfähigen, skalierbaren und sicheren IT-Plattform genutzt, die in der Folge schrittweise in der Bundeswehr aufgebaut werden soll.
- Mit dem Rollout und Betrieb der **Ressortübergreifenden Verschlusssachen-Kommunikation (R-VSK)** wurde ein außen- und sicherheitspolitischer Meilenstein erreicht, der als Beitrag auf eine zukunftsfähige Sicherheitsarchitektur Deutschlands einzahlt. Im Sinne der Nationalen Sicherheitsstrategie ist R-VSK das strategisch-politische Kernkommunikationssystem, um die weltweite Kommunikationsfähigkeit der Bundesregierung bis Geheimhaltungsgrad „GEHEIM“ sicherzustellen.
- Mit **PLAIN 1.0** („Platform Analysis and Information Systems“) steht ein Standard, der kontinuierlich ausgebaut wird, für die geschützte Bearbeitung von Big Data Aufgaben allen Bundesministerien zur Nutzung zur Verfügung.

Mehr und besser verfügbare öffentliche Daten für eine erfolgreiche sektorspezifische Digitalisierung

- Mit dem Portal **umwelt.info**, das 2024 erstmals der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wird, steht bald ein zentraler Zugang zu deutschlandweit verfügbaren Umweltdaten- und Informationen bereit. Die Entwicklung des Minimum Viable Products (MVP) kann auf OpenCode verfolgt werden.
- Um die **Digitalisierung in den Bereichen gesundheitlicher Verbraucherschutz, Tierwohl, Tierschutz und Tiergesundheit** weiter voranzutreiben, hat die Bundesregierung gemeinsam mit den Ländern den Weg für ein **zeitgemäßes föderales Datenmanagement von Kontrolldaten** bereitet. Hierfür wurde eine zentrale IT-Architektur („ZITA gV“) geschaffen. Diese dient als organisatorische und technische Grundlage für ein effizienteres und effektiveres Verwaltungshandeln in den genannten Bereichen.

Zusammenarbeit mit internationalen Partnern: Strategie für die Internationale Digitalpolitik verabschiedet

- Mit der Verabschiedung der ersten **Strategie für die Internationale Digitalpolitik** der Bundesregierung im Februar 2024 definiert die Bundesregierung den Handlungsrahmen für eine aktive und kohärente internationale Digitalpolitik. Die Strategie soll auch dazu beitragen, dass die EU im digitalen Zeitalter eine offene Region für Handel und Investitionen bleibt und eine sichere und nachhaltige globale digitale Infrastruktur gestärkt wird.
- Ein Beispiel hierfür ist die **GovStack-Initiative**. GovStack unterstützt Deutschlands Partnerländer im globalen Süden dabei, ihre Verwaltungsdienstleistungen kostengünstig und sicher zu digitalisieren. Diese Dienstleistungen lassen sich nach dem Baukastenprinzip kombinieren und ihr Zusammenspiel vorab in einer neu entwickelten Testumgebung prüfen.

Impressum

Herausgeber

Bundesministerium für Digitales und Verkehr
Referat DP 10 – Grundsätze der Nationalen Digitalpolitik,
Digitalstrategie, Digitalisierung und Nachhaltigkeit
Invalidenstraße 44, 10115 Berlin
Unter Beteiligung aller Ressorts der Bundesregierung.

Stand

Mai 2024

Gestaltung | Druck

Bundesministerium für Digitales und Verkehr
Druckvorstufe | Hausdruckerei

Diese Publikation wird von der Bundesregierung im Rahmen ihrer Öffentlichkeitsarbeit herausgegeben. Die Publikation wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.



www.digitalstrategie-deutschland.de



**Digitalstrategie
Deutschland**